

## Die OSZE-Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien<sup>1</sup>

### *Unterstützung bei der Stärkung demokratischer Institutionen*

Nach dem demokratischen Wandel im Oktober 2000 wurde die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) nach mehr als acht Jahren Abwesenheit am 10. November 2000 wieder in den Kreis der OSZE-Teilnehmerstaaten aufgenommen. Der Ständige Rat der OSZE beschloss am 11. Januar 2001 eine Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien einzurichten (*OSCE Mission to the Federal Republic of Yugoslavia*, OMIFRY). Heute, rund anderthalb Jahre nachdem sie am 16. März 2001 in Anwesenheit des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE Mircea Geoană und des jugoslawischen Außenministers Goran Svilanović offiziell eröffnet wurde, hat sich die Mission zu einer der führenden und aktivsten internationalen Organisationen in der BRJ entwickelt. Die Grundhaltung der Mission ist kooperativ, sie sieht sich eher in einer „unterstützenden“ als in einer „bevormundenden“ Rolle. Sie arbeitet eng mit der Regierung zusammen und berät diese z.B. bei der Erarbeitung oder Formulierung von Gesetzen und beim Institutionenaufbau oder macht eigene Vorschläge dazu. Dieses für beide Seiten vorteilhafte Verhältnis zur Regierung hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen, und es ist der Grund dafür, dass die Mission von den Regierungsbehörden zumeist nicht als Überwacher, sondern vielmehr als Partner empfunden wird. Dieser Ansatz wurde deshalb gewählt, weil sowohl die staatlichen Strukturen als auch die Zivilgesellschaft bereits ziemlich gut entwickelt sind. Es wäre daher verfehlt, Institutionen und zivilgesellschaftliche Strukturen aufbauen zu wollen, wenn es vielmehr darum geht, bereits vorhandene Strukturen zu unterstützen. Die Mission befasst sich mit der Verbesserung bestehender Institutionen und der Einführung von Gesetzen und Verfahren nach internationalen Maßstäben. Aufgrund ihres konstruktiven Verhältnisses zur Regierung kann sie dabei eng mit den politischen Entscheidungsträgern zusammenarbeiten statt lediglich als Politikberater zu fungieren. Die Mission hat sich von Beginn an stets darum bemüht, in Übereinstimmung mit ihrem Mandat Hilfestellung zu leisten und Fachwissen zur Verfügung zu stellen; dabei ist es ihr gelungen, Regierungsvertreter, NGOs und andere interessierte Parteien an einem Tisch zusammenzubringen, um gemeinsame Projekte und Planungen zu erörtern und zu vereinbaren. Auf folgenden Gebieten erbringt die Mission Leistungen, die die Arbeit ihrer verschiedenen Partner sinnvoll ergänzen: Justiz- und Polizeireform, Weiterbildung leitender Verwaltungsbeamter auf zentraler und lokaler Ebene, Stär-

---

<sup>1</sup> Der Beitrag behandelt die Entwicklungen bis Anfang August 2002.

kung der parlamentarischen Dimension, Unterstützung bei der Schaffung einer nationalen Ombudsmanninstitution („Volksanwalt“), Unterstützung für Programme, mit denen die Regierung gegen die Diskriminierung hierfür anfälliger Bevölkerungsgruppen, u.a. nationale Minderheiten, vorgehen will, Kampf gegen den Menschenhandel, Herstellung von Transparenz in den Medien und Umgestaltung des nationalen Fernseh- und Radiosenders, Einrichtung eines Umweltministeriums und Ausarbeitung einer Umweltgesetzgebung sowie Unterstützung der BRJ bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Bereich der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM).

Die Mission hat - wie andere in der Region auch - ebenfalls die Aufgabe, den Amtierenden Vorsitzenden, den Generalsekretär und den Ständigen Rat in Wien über die politische Situation und die Entwicklungen in der BRJ, insbesondere wenn sie die Stabilität des Landes betreffen oder mit Wahlen und Wahlbeobachtung in Zusammenhang stehen, sowie allgemein über die Umsetzung ihres Mandats auf dem Laufenden zu halten und zu beraten.

### *Allgemeiner Überblick*

Generell trifft die politische Normalisierung des Landes auf zahlreiche Probleme, zu denen Fragen der inneren Staatsführung ebenso gehören wie Fragen in den geopolitischen Beziehungen. Die wichtigsten Probleme, die das politische Umfeld in der BRJ kennzeichnen - in dem auch die Mission tätig ist - betreffen die wirtschaftliche Lage, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, einschließlich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption, die geopolitische Situation in Südserbien sowie der Status der BRJ, insbesondere auch die serbisch-montenegrinischen Beziehungen.

Das wichtigste politische Thema, mit dem sich die Mission befasst, ist die Situation in Südserbien. Die Mission konzentriert sich besonders drauf, Hilfestellung bei der Implementierung der im Mai 2001 vom stellvertretenden serbischen Ministerpräsidenten Nebojša Čović ausgehandelten Friedensinitiative für Südserbien, des so genannten Čović-Plans, zu leisten. Die Mission ist im Prinzip diejenige internationale Organisation, die von allen Beteiligten mit der Umsetzung des Čović-Plans in Verbindung gebracht wird. Dazu arbeiten wir intensiv mit allen interessierten Parteien, die mit Südserbien zu tun haben, zusammen, was zur Normalisierung der politischen Lage vor Ort beigetragen hat. Im Zuge ihrer Unterstützung für die Umsetzung des Čović-Plans in die Praxis hat sich die Mission erfolgreich für eine Amnestie für ehemalige UÇPMB-Kämpfer und die landesweite Anerkennung im Kosovo erworbener Diplome eingesetzt; sie hat außerdem eine Vereinbarung über allgemeinen Richtlinien für die Kommunalwahlen in Südserbien im Juni 2002 vermittelt.

### *Wirtschaftsreformen*

Die Reform der Wirtschaft ist eines der Gebiete, auf denen die von der Demokratischen Opposition Serbiens (DOS) gebildete Regierung beachtliche Erfolge erzielen konnte. Die wirtschaftliche und politische Bilanz seit dem Sturz des Milošević-Regimes und dem Beginn der Reformen Ende 2000 ist beeindruckend. Die Inflationsrate ist um zwei Drittel auf 40 Prozent zurückgegangen, die Devisenreserven der Zentralbank haben sich verdoppelt. In struktureller Hinsicht haben kürzlich verabschiedete Gesetze, darunter das Privatisierungsgesetz und ein neues Arbeitsrecht, zu einer erheblichen Liberalisierung des Arbeitsmarkts geführt. Rasche Fortschritte wurden bei der Stabilisierung der Wirtschaft und der Stärkung der Position in den Außenbeziehungen erzielt. Der neu geschaffene institutionelle Rahmen für die Neustrukturierung von Banken und Unternehmen wird derzeit im Einklang mit den Empfehlungen von IWF und Weltbank umgesetzt; die Beziehungen zu multilateralen Kreditgebern und zu den Gläubigerstaaten des Pariser Clubs haben sich normalisiert. Zwar ist die Mission an den Wirtschaftsreformen nicht unmittelbar beteiligt, die positiven Entwicklungen schaffen jedoch ein Umfeld, in dem andere Reformen, bei denen die Mission eine aktive Rolle spielt, energischer betrieben werden können. Darüber hinaus wurde vor kurzem eine Kontaktstelle innerhalb der Mission eingerichtet, um so die Aktivitäten, Projekte und den Informationsfluss zwischen der Mission und Finanzinstitutionen wie der Weltbank und der Europäischen Agentur für Wiederaufbau zu koordinieren.

### *Rechtsreform*

Obwohl der Reformprozess in diesem Bereich bereits zahlreiche Fortschritte aufzuweisen hat, so z.B. die Verabschiedung eines erweiterten Minderheitenschutzgesetzes und eines Gesetzes zur lokalen Selbstverwaltung, die Annahme eines Gesetzespakets zur Justizreform und den Entwurf eines Antikorruptionspakets, stehen Reformen in einigen Schlüsselbereichen der Gesetzgebung noch aus. Das gilt insbesondere für die Verabschiedung der neuen Verfassungen gemäß dem Rahmenübereinkommen für Serbien und Montenegro, das unter Vermittlung der Europäischen Union zustande gekommen war und am 14. März 2002 von allen Beteiligten unterzeichnet wurde. Andere reformbedürftige Bereiche sind die Rundfunk- und Fernsehgesetzgebung, das Umweltrecht, das Informationsgesetz sowie Gesetze und Verordnungen in Zusammenhang mit der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und des Sicherheitssektors. Wie bereits erwähnt, hat die Mission bei der Ausarbeitung und der Revision von Gesetzen unterstützende und beratende Funktion. Ihr gehören Experten aus verschiedenen Gebieten, von der Justiz bis zu Medienreform, an, die über „bewährte Praktiken“ in ihrem jeweiligen Fachgebiet Auskunft geben können. So berieten Experten der OSZE-Mission

das Ministerium beispielsweise bei der Ausarbeitung des Minderheitenschutzgesetzes in der Frage, wie die Gesetzgebung verbessert werden könnte und welche sensiblen Fragen mitberücksichtigt werden mussten. Herausgekommen ist dabei ein ausgesprochen umfassendes Gesetz, das höchsten Maßstäben entspricht und ausnahmslos sowohl zur Repräsentanz als auch zur Stabilität im Land beitragen wird.

Wir sind der Überzeugung, dass der Erfolg der Mission, der auch in der Verabschiedung einer verbesserten Gesetzgebung seinen Niederschlag findet, auf zweierlei zurückzuführen ist: zum einen darauf, dass sie über das erforderliche Fachwissen verfügt, und zum anderen darauf, dass sie dem demokratischen Auftrag der Regierung und der ihr angehörenden Minister Respekt entgegenbringt.

### *Polizeiwesen*

Ein weiterer Sektor, der besonders reformbedürftig ist, ist die Polizeiarbeit. Die im November 1999 in Istanbul unterzeichnete Europäische Sicherheitscharta sichert der OSZE die Unterstützung der Teilnehmerstaaten für ihre Aktivitäten im zivilpolizeilichen Bereich zu. Die Mission nimmt ihre Verpflichtungen hinsichtlich des Aufbaus moderner ziviler Polizeikräfte in der BRJ sehr ernst. Die Mission betrachtet ihn in der Tat als einen der grundlegendsten Aspekte bei der Stärkung der Institutionen, da es ohne eine repräsentative und kompetente Polizei schwierig ist, Respekt vor der Staatsgewalt im Allgemeinen herzustellen. In Anbetracht der ethnisch gemischten Besiedlung der Region und angesichts der Tatsache, dass es aufgrund des Vorgehens des früheren Regimes wahrscheinlich noch einige Vorurteile gibt, ist es außerdem wichtig, dass sich alle Teile der Bevölkerung in den neuen demokratischen Kräften vertreten und von ihnen geschützt fühlen. Die Mission bzw. ihre Abteilung Strafverfolgung konzentriert sich daher auf die Umschulung von Polizeibeamten unter besonderer Betonung von Menschenrechten sowie Prinzipien und Ethik der Polizeiarbeit. Kurz nach Einrichtung der Mission wurde ein Polizeiberater ernannt, der die Aufgabe hatte, eine ausführliche Untersuchung der Polizeiarbeit in der BRJ durchzuführen und Empfehlungen abzugeben, welche Veränderungen notwendig sind und welche internationale Hilfe benötigt wird, um die Polizeiarbeit nach europäischem Muster zu modernisieren und den Polizeidienst der BRJ an die internationale Gemeinschaft der Polizeibehörden heranzuführen. Die Studie des Polizeiberaters wurde gemeinsam von der Mission und dem serbischen Innenministerium angenommen und dient der weiteren Arbeit der Mission mit Blick auf die Polizeireform in der BRJ sowie internationalen Geberprogrammen als Grundlage.

## *Südserbien*

Wie bereits erwähnt, befasste sich die Mission unmittelbar nach der Unterzeichnung des von Čović ausgehandelten Friedensabkommens am 21. Mai 2001, das die Gewaltausbrüche des Frühjahrs in Südserbien beendete, mit der Region. Die Mission ernannte hierzu einen Koordinator für Südserbien, um ihre Aktivitäten stärker zu bündeln.

Eine multiethnische Polizeiausbildung ist für die gesellschaftliche Sicherheit in Südserbien von fundamentaler Bedeutung. Die Mission führt derzeit ein Projekt zur multiethnischen Polizeiausbildung durch, das speziell auf Südserbien zugeschnitten ist. Der erste Jahrgang multiethnischer Polizeischüler hat die Ausbildung am Ausbildungszentrum in Mitrovo Polje, das von der OSZE-Mission geleitet wird, am 17. Oktober 2001 abgeschlossen. Am 18. Januar 2002 wurde in Bujanovac im Beisein von Innenminister Dušan Mihalović der zweite Lehrgang des multiethnischen Polizeiprojekts feierlich verabschiedet. Insgesamt 93 Polizeischüler, darunter zehn Frauen, haben diesen Lehrgang absolviert. Nach Beendigung der Ausbildungsreihe sollen die Polizeikräfte in Südserbien zu 57 Prozent aus ethnischen Albanern und zu 43 Prozent aus Serben bestehen, der Frauenanteil soll bei zwölf Prozent liegen.

Was die Situation der Medien in Südserbien anbelangt, so wurde ebenfalls am 18. Januar 2002 ein Abkommen zur Entwicklung multiethnischer Medien unterzeichnet, das dazu beitragen wird, die Gesellschaft besser zu repräsentieren. Das Dokument - das erste dieser Art in Serbien - sieht in einer ersten Phase die schrittweise Umwandlung der kommunalen Medien in der Gemeinde Bujanovac vor, wo die größten Probleme zwischen Serben und Albanern in der Vergangenheit gerade im Medienbereich aufgetreten waren. Ähnliche Abkommen sollen für die Gemeinden Preševo und Medvedja, deren Behörden bereits ihre uneingeschränkte Mitarbeit zugesagt haben, folgen.

Die OSZE-Mission hat des Weiteren die Einrichtung eines serbisch-albanischen Runden Tisches unterstützt, mit dem Koordination und Kommunikation zwischen Serben und Albanern im Zuge der Umsetzung des Čović-Plans verbessert werden sollen. Darüber hinaus wurde in zahlreichen von der OSZE-Mission geförderten Verhandlungen und Gesprächen über vorgezogene Kommunalwahlen in Südserbien diskutiert. Seinerzeit fanden Gespräche zwischen dem Missionsleiter und dem stellvertretenden serbischen Ministerpräsidenten Čović mit dem Ziel statt, vorgezogenen Kommunalwahlen in der Region den Weg zu ebnen.

## *Vojvodina und Sandschak*

Während es in Südserbien um konkrete Projekte zur Stabilisierung der Lage nach einem Konflikt geht, erhalten die Region Sandschak und die Autonome Provinz Vojvodina aufgrund ihrer historischen und multiethnischen Besonderheiten von der Mission Unterstützung im Hinblick auf die stärkere De-

zentralisierung und Regionalisierung Serbiens. Beides steht auf der Tagesordnung der DOS-Koalition weit oben.

In der Vojvodina, einer Provinz, die von großer ethnischer Vielfalt und traditionell von der Toleranz der verschiedenen Nationalitäten untereinander geprägt ist, hat sich die Mission anfangs auf Fragen im Zusammenhang mit interethnischen Beziehungen und der Verwaltung der Gebietskörperschaft konzentriert. In mehreren Kommunen wurden Schulungen zum Aufbau lokaler Führungskompetenz durchgeführt, um die örtlichen Verwaltungen dazu zu befähigen, ihre Interessen besser zu schützen und Entwicklung und Harmonie noch stärker zu fördern. Die Rückgabe einer Reihe von Befugnissen an die Vojvodina durch das so genannte „Omnibus-Gesetz“, u.a. insbesondere in den Bereichen Wirtschaft, soziale Sicherheit, Gesundheitsfürsorge, Kultur, Information sowie Bildung und Erziehung, gibt der Mission Gelegenheit zur verstärkten Zusammenarbeit mit den Behörden in der Vojvodina, wozu auch die Möglichkeit gehört, neue Initiativen wie z.B. zur Weiterbildung der Verwaltungsbeamten in der Provinz zu starten.

Im Sandschak, wo der größte Teil der muslimisch-bosniakischen Einwohner Jugoslawiens lebt, beobachtet die Mission im Rahmen ihres Mandats politische und andere relevante Vorgänge. Durch regelmäßige Reisen in die Gemeinden konnten gute Arbeitsbeziehungen zu den lokalen Behörden, politischen Parteien (Regierungs- und Oppositionsparteien) und nichtstaatlichen Organisationen hergestellt werden. Die OSZE wird weitgehend als objektiver Akteur bei der Förderung des Friedens und der Verständigung zwischen den ethnischen Gruppen in der Region wahrgenommen. Die Mission wurde begrüßt und dazu aufgefordert, sich für Reformen auf lokaler und regionaler Ebene einzusetzen und diese dadurch zu erleichtern. Dazu gehört auch der Einsatz für die Entwicklung demokratischer Werte, Transparenz und Verantwortlichkeit öffentlicher Einrichtungen, gleiche Zugangsbedingungen zum Arbeitsmarkt für Angehörige unterschiedlicher ethnischer Gemeinschaften sowie bessere Bildungseinrichtungen und öffentliche Dienstleistungen.

#### *Montenegro*

In der Republik Montenegro war die OSZE schon vor der Einrichtung der OSZE-Mission präsent: Das BDIMR hatte bereits 1999 provisorisch ein Büro in Montenegro eröffnet. Am 15. November 2001 beschloss der Ständige Rat der OSZE in Wien, die Verantwortung für das Büro in Podgorica vom BDIMR auf die OSZE-Mission zu übertragen. Seit dem 1. Januar 2002 ist das Büro in Podgorica Teil der OSZE-Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien, steht aber im täglichen direkten Kontakt mit den montenegrinischen Behörden und kann Initiativen, die speziell auf die Republik zugeschnitten sind, durchführen.

Am 14. März kam schließlich auf Vermittlung des Hohen Vertreters der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana ein Ab-

kommen über den zukünftigen Status der serbisch-montenegrinischen Beziehungen zustande, das von allen wichtigen politischen Akteuren unterzeichnet wurde. Das Abkommen muss nun durch das Bundesparlament und die beiden Republikparlamente ratifiziert und von diesen in einen gemeinsamen Verfassungsakt umgesetzt werden, danach sind für jede der beiden Republiken neue Verfassungen auszuarbeiten. Das Abkommen gewährt beiden Republiken insgesamt beträchtliche Autonomie, einschließlich wirtschaftlicher Autonomie. Unter der Leitung des Ministerrats von Serbien und Montenegro wird eine Reihe gemeinsamer Institutionen bestehen bleiben, dazu gehören das Außen- und das Verteidigungsressort.

Die OSZE vertritt einen eindeutigen und konstruktive Standpunkt in der Frage des Status Montenegros. Die Mission ist darum bemüht, den Demokratisierungsprozess durch den Aufbau von Institutionen zu unterstützen. Diese neutrale Haltung gestattet es der Mission, die Demokratisierung unabhängig von der konkreten Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Serbien und Montenegro zu fördern.

Insgesamt sind wir der Überzeugung, dass die Mission auf die politischen Entwicklungen in der BRJ stabilisierend wirkt. Ihre Bemühungen beruhen größtenteils auf der Tätigkeit der OSZE in den Bereichen Konfliktverhütung und präventive Diplomatie. Charakteristisch für die Rolle und die Arbeit der Mission sind aber auch ihre kooperative Haltung gegenüber den jugoslawischen Behörden auf allen Ebenen und die Abstimmung ihrer Projekte und Initiativen mit der jugoslawischen Regierung.

#### *Besondere Tätigkeiten der Mission - Die Arbeit der Abteilungen*

Neben der allgemeinen politischen Tätigkeit der Mission befassen sich ihre einzelnen Abteilungen im Rahmen des Gesamtmandats mit einer Reihe von Projekten auf speziellen Gebieten. Ziel dieser Aktivitäten sind die Reform und die Stärkung der demokratischen Institutionen in wichtigen politischen und öffentlichen Bereichen, um damit die Rechtsstaatlichkeit zu festigen, die Werte der Zivilgesellschaft zu fördern und das Land so an europäische Standards heranzuführen. Die Aktivitäten und Projekte werden in enger Zusammenarbeit mit den jugoslawischen Behörden und NGOs geplant und durchgeführt, wodurch die Mission selbst zu einem wesentlichen Bestandteil der innerstaatlichen Reformen wird. Für uns ist es eine große Anerkennung, dass unsere jugoslawischen Kollegen in der Mission einen Partner sehen und sie nicht als Belastung empfinden.

Ein Beispiel für diese Herangehensweise sind die Aktivitäten der *Abteilung Strafverfolgung*. Ihre größten Erfolge sind, wie bereits erwähnt, die Schaffung einer multiethnischen Polizei in den südserbischen Gemeinden Preševo, Medvedja und Bujanovac sowie ihre Unterstützung der Polizeireform in der Bundesrepublik Jugoslawien insgesamt.

Ebenso wirkt die *Abteilung Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte* unmittelbar daran mit, die Achtung der Gesetze, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten in der Bundesrepublik Jugoslawien zu fördern. Die Abteilung hat ein Programm zur fortlaufenden Aus- und Weiterbildung von Richtern, Staatsanwälten und Rechtsanwälten entwickelt.

Die Aktivitäten zur Bekämpfung der Korruption, die ebenfalls von der Abteilung durchgeführt werden, haben besonders an Bedeutung gewonnen, seit die serbische Regierung im Dezember 2001 den Beschluss gefasst hat, einen Antikorruptionsrat einzurichten, dem auf Bitten der Regierung auch der Leiter der OSZE-Mission angehört. Die OSZE ist die einzige internationale Organisation, die in dem Rat vertreten ist. Die Abteilung beabsichtigt, in der Zusammenarbeit mit dem Rat und anderen internationalen Organisationen die Initiative zu ergreifen, um Wirtschaftsreformen, vor allem im Steuerwesen, bei der Privatisierung und im Kampf gegen die Korruption, voranzutreiben.

Entsprechend der Empfehlung eines Runden Tisches zur Einrichtung einer Ombudsmanninstitution in der Bundesrepublik Jugoslawien hat die Mission mit der serbischen Regierung ein Programm vereinbart, das Unterstützung bei der Gesetzgebung, Beratung durch Experten, Studienreisen sowie eine Informationskampagne für die Öffentlichkeit vorsieht.

Mit den serbischen Behörden wurde ferner ein Programm zu Reform des Strafvollzugs vereinbart und der internationalen Gebergemeinde vorgestellt. Geplant sind Gesetzesgutachten, Studienreisen sowie Fachausbildung für Angestellte und höhere Beamte des Strafvollzugssystems.

Im Mittelpunkt der Arbeit der *Abteilung Demokratisierung* steht der Aufbau von Kapazitäten in den staatlichen Strukturen, um so die Grundlagen für ein demokratisches Regierungssystem zu schaffen, das stärker auf die Bürger und die Zivilgesellschaft eingeht. Ein wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit der Abteilung ist die Parlamentsreform. Darüber hinaus hat die Abteilung eine Reihe wichtiger Funktionen im Bereich Menschenrechte übernommen, darunter die Einrichtung von Schutzmechanismen für besonders schutzbedürftige Gruppen wie Minderheiten, Flüchtlinge und Binnenvertriebene, Frauen sowie Opfer von Menschenhandel.

Im April 2001 veranstaltete die Abteilung einen Runden Tisch unter der Schirmherrschaft der Sonderarbeitsgruppe Menschenhandel des Stabilitätspakts für Südosteuropa (*Stability Pact Special Task Force on Trafficking in Human Beings*), der dazu geführt hat, dass ein aus Regierungs- und NGO-Vertretern zusammengesetzter, sektorenübergreifender nationaler Mechanismus eingerichtet wurde, der sich mit dem Problem des Menschenhandels aus und durch die BRJ befasst. Zu den Fragen, mit denen er sich auseinandersetzt, gehören Prävention, Strafverfolgung, Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit, sichere Unterbringung sowie Opferschutz und Kooperation zwischen staatlichen Stellen und NGOs. Die Mission organisierte darüber hinaus ein Weiterbildungsseminar für Rechtsanwälte aus Kroatien, Bosnien und Serbien zu dem Thema, wie Eigentumsfragen in Kroatien vor den Europäi-

schen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht werden können. Die Mission beteiligte sich ferner an den Arbeiten der Regierung zur Entwicklung einer „Nationalen Strategie für Flüchtlinge und Binnenvertriebene“ und entwickelte gemeinsam mit lokal und regional tätigen internationalen Organisationen und NGOs Maßnahmen zur Erleichterung der Rückkehr bosnischer Serben nach Bosnien.

Die Abteilung Demokratisierung hat außerdem zahlreiche Initiativen zur Förderung der Rolle und des Status von Frauen in der Politik und am Arbeitsplatz eingeleitet und nationale Schutz- und Fördermechanismen eingerichtet. Dies geschieht in erster Linie im Rahmen des Aktionsplans der Arbeitsgruppe des Stabilitätspakts für Fragen der Gleichbehandlung von Mann und Frau (*Stability Pact Gender Task Force*) und ist eines von vielen Beispielen für die Zusammenarbeit zwischen der Mission und dem Stabilitätspakt für Südosteuropa.

Im Lande selbst, aber auch von Seiten internationaler Beobachter wird eingeräumt, dass die Rolle der Parlamente noch einen der Schwachpunkte der Demokratie in der BRJ darstellt. Die Mission misst daher ihrem Programm zur Unterstützung des Parlaments besondere Bedeutung bei, das zur Stärkung der demokratischen Funktionsweise und der Leistungsfähigkeit parlamentarischer Institutionen und politischer Parteien auf Bundes-, Republiks- und Provinzebene beitragen soll. Das Programm sieht die Hilfestellung bei der Erarbeitung von Vorschriften und Ausbildungsmaßnahmen für die Büros der Parlamentspräsidenten, der Abgeordneten und der Parlamentsbediensteten in Form von Seminaren, Vernetzung mit anderen parlamentarischen Einrichtungen und *Ad-hoc*-Aktivitäten vor.

Die Medienlandschaft in der BRJ ist sehr reichhaltig und vielfältig, aber auch sehr unübersichtlich. Die in staatlichem Besitz und unter staatlicher Kontrolle befindlichen Medien gehörten zu den wichtigsten Stützpfählern des Milošević-Regimes und dienten als Multiplikatoren populistischer Propaganda und Hetzsprache. Auf der anderen Seite kämpften unabhängige Medien mit großem Mut und obwohl sie Druck und Verfolgung ausgesetzt waren um die Verbreitung kritischer und objektiver Informationen und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Sie schufen eine aktive und höchst kompetente Gemeinschaft professionell arbeitender und demokratischen Zielen verpflichteter Journalisten. Seit der Wende im Oktober 2000 ist es die wichtigste Aufgabe der Reformen im Mediensektor, „Normalität und international anerkannte Standards“ in die Arbeitsweise der Medien einzuführen und dabei gleichzeitig die Errungenschaften des unabhängigen Journalismus zu bewahren und Professionalität und Objektivität im öffentlichen Sektor herzustellen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele stand die *Abteilung Medien* der OSZE-Mission den entsprechenden Regierungsbehörden und Journalistenverbänden bei der Ausarbeitung neuer Rundfunk- und Fernsehgesetze sowie von Gesetzen in Bezug auf die Information der Öffentlichkeit beratend zur Seite. Die Telekommunikationsbehörden auf Bundes- und Republiksebene wurden bei der

Einrichtung von Regulierungsbehörden für Sendeanstalten und Telekommunikation unterstützt, die transparente und faire Verfahren zur Vergabe von Lizenzen an private elektronische Medien sicherstellen können. Juristische und technische Unterstützung wird auch bei der Ausarbeitung weiterer Mediengesetze, z.B. zur Informationsfreiheit oder zu Standards in der Werbung, und in Form der Begutachtung medienrelevanter Bestimmungen im Zivil- und im Strafrecht geleistet. Mit Hilfe dieser Reformen sollen Anachronismen aus der Zeit des autoritären Regimes beseitigt werden wie z.B. derjenige, dass Journalisten in Serbien und Montenegro noch immer mit strafrechtlicher Verfolgung bei der Ausübung ihres Berufes rechnen müssen.

Die Abteilung leistet darüber hinaus der neu eingesetzten Leitung der serbischen staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt RTS Hilfestellung bei der Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Sendeanstalt und bei der Reform ihres Informationsdienstes. Die Abteilung fördert oder beteiligt sich direkt an Ausbildungsinitiativen für Medienmanager, Redakteure, Journalisten und Techniker als Bestandteil verschiedener Entwicklungsprojekte zur Verbesserung professioneller und ethischer Standards sowie zur Förderung der Zusammenarbeit und des Vertrauens zwischen ethnischen Gemeinschaften, insbesondere in Südserbien.

Zu den Besonderheiten der Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien gehört ihr Auftrag, auch im Wirtschafts- und Umweltbereich tätig zu werden. Der bislang größte Erfolg der *Abteilung Wirtschaft und Umwelt* war die Versammlung einer internationalen Geber- und Beratergemeinschaft zur Unterstützung der serbischen Behörden bei der Ausarbeitung einer neuen Umweltgesetzgebung nach europäischen und internationalen Standards sowie bei der Einrichtung eines Umweltministeriums und einer unabhängigen Umweltbehörde. Die Abteilung gehörte außerdem zu den Organisatoren des Vorbereitungstreffens für das Zehnte OSZE-Wirtschaftsforum, das am 5. und 6. November 2001 in Belgrad stattfand. Eines der Ergebnisse des Treffens war die Unterzeichnung einer Absichtserklärung seitens der Behörden der BRJ, Kroatiens und Bosnien und Herzegowinas zum gemeinsamen Gewässerschutz für die Save.

Ende 2001 startete die Mission eine öffentliche Informationskampagne zum Thema Umwelt, die in Serbien große Aufmerksamkeit fand. Die Kampagne wurde von den Regierungen der Schweiz, Italiens, Deutschlands und Norwegens finanziert.

*Last but not least* hat die Mission den Auftrag, bei der Implementierung von Verpflichtungen auf dem Gebiet *vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen (VSBM)*, das eng mit den Bereichen Verteidigung und Sicherheit verknüpft ist, Hilfestellung zu leisten und sie zu fördern. Gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum im Wiener OSZE-Sekretariat und dem jugoslawischen Außenministerium veranstaltete die Mission einen Runden Tisch zur Durchführung von VSBM für jugoslawische Regierungsbeamte, darunter Angehörige des Verteidigungsministeriums und des Generalstabs.

Kürzlich beteiligte sich die Mission an der Veranstaltung eines Seminars zur parlamentarischen Kontrolle des Verteidigungs- und Sicherheitssektors.

Die Bemühungen der Mission richten sich auf diesem Gebiet insbesondere auf die Implementierung zweier OSZE-Dokumente: des Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit und des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen. Die Bedeutung des Verhaltenskodex hängt eng mit der Frage der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte zusammen, die in der BRJ zunehmend wichtiger geworden ist. Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass das Land einen augenfälligen und dringenden Bedarf an der Einführung der Standards etablierter Demokratien bei der Aufsicht über den militärischen Sektor und den Sicherheitssektor hat. Die Verbesserung und aktive Ausübung der parlamentarischen Kontrolle über den Verteidigungs- und Sicherheitssektor rückt daher ebenfalls zunehmend in den Mittelpunkt der Missionsarbeit.

Strengere Kontrollen sowie die Reduzierung der Überschüsse an kleinen und leichten Waffen, die in den vergangenen Konflikten benutzt wurden und sich noch immer im Besitz der organisierten Kriminalität, von Verbrecherbanden und Einzelpersonen befinden, hätten günstige Auswirkungen auf die Stabilität und die Sicherheit in der BRJ und in der gesamten Region. Die Mission unterstützt die frühzeitige Implementierung des OSZE-Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen und hat sich an einem Programm zur Zerstörung von Lagern mit Überschüssen an Kleinwaffen und leichten Waffen durch die jugoslawische Armee, das vom Stabilitätspakt finanziert wurde, beteiligt. Die geplante Einrichtung einer regionalen Clearingstelle für Kleinwaffen und leichte Waffen in Belgrad wird der Mission zusätzlich Gelegenheit geben, sich gemeinsam mit anderen einschlägigen internationalen Akteuren wie UNDP und dem Stabilitätspakt für Südosteuropa auf diesem Gebiet zu betätigen.

Die kooperative Grundhaltung der Mission kommt auch darin zum Ausdruck, dass sie konkrete *Kooperations- und Arbeitsbeziehungen mit anderen in der BRJ tätigen internationalen Organisationen* - u.a. die EU, die OSZE-Mission im Kosovo (OMIK), die Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK), das Büro des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), UNDP, UNHCR und das IKRK - aufgebaut hat.

Insbesondere wurden regelmäßige Kontakte mit dem Büro des EU-Sonderkoordinators des Stabilitätspakts für Südosteuropa eingerichtet. Ein systematischer Dialog wird auch mit dem Regionalvertreter des Stabilitätspakts geführt. Die engen Arbeitsbeziehungen wurden durch die Unerzeichnung eines *Memorandum on Co-operation* seitens des Büros des Stabilitätspakts für Südosteuropa in der BRJ und der OSZE-Mission in der BRJ formalisiert.

Die Mission arbeitet ebenfalls eng mit dem Europarat und dessen Büro in Belgrad u.a. in Form eines regelmäßigen Informationsaustauschs, von Briefings, gemeinsamen Erkundungsreisen und Projekten, der Teilnahme an Seminaren und Konferenzen zusammen. Auf Initiative unserer Mission wurde

im April 2002 ein gemeinsames „Zentrum für Information und Dokumentation“ eröffnet, das in der serbischen Nationalbibliothek angesiedelt ist.

Bei der Ausübung all dieser Aktivitäten wird der *Darstellung der Mission und ihrer Arbeit in der Öffentlichkeit* besondere Aufmerksamkeit gewidmet, wobei sie vor allem auch die Bevölkerung außerhalb der Stadtgrenzen von Belgrad erreichen will. Auf diesen Teil der Missionsarbeit konzentriert sich das *Büro des Missionssprechers*. Durch regelmäßige persönliche Kontakte zu Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen konnte ein Netz von Medienkontakten geknüpft werden. Über die Arbeit der Mission wird häufig und im Allgemeinen auch wohlwollend berichtet. Wir wissen das sehr zu schätzen und es macht uns Mut für unsere weitere Arbeit. Die Beteiligung der Mission an der multiethnischen Polizeiarbeit in Südserbien erfährt besonders große Aufmerksamkeit. Die Wahrnehmung der OSZE-Mission in der Bundesrepublik Jugoslawien als eine Organisation, die eng mit der serbischen Öffentlichkeit zusammenarbeitet und die sich aktiv um die Mitwirkung der Bevölkerung an ihren Aktivitäten bemüht, wurde auch durch ein Projekt mit dem Namen „Eine Fibel für jeden Erstklässler“ gefördert. Diese landesweite Kampagne, die durch freiwillige Zuwendungen der niederländischen Regierung finanziert wird, umfasste die Herstellung und Verteilung von Schulbüchern an alle (rund 100.000) Kinder, die im Jahr 2001 in Serbien erstmals die Schule besuchten. Das Schulbuch trägt den Titel „Mein Haus ist in Europa“ und wurde auf Serbisch und in fünf Minderheitensprachen verfasst.

Mittlerweile ist ein im Großen und Ganzen objektiveres Bild von der OSZE, die noch bis vor kurzem in der BRJ aufgrund ihres früheren Einsatzes im Kosovo ziemlich negativ wahrgenommen wurde, feststellbar. Durch regelmäßige Reisen eines leitenden Mitarbeiters der Mission in die wichtigsten regionalen Zentren, um auch dort die OSZE und die Arbeit der Mission vorzustellen und in Erfahrung zu bringen, was die Menschen dort am meisten beschäftigt, konnte auch der Kontakt zur Bevölkerung in den Provinzen verbessert werden.

Wie bereits aus dieser zusammenfassenden Darstellung hervorgeht ist, sind die Tätigkeiten der Mission in der BRJ sehr vielseitig und facettenreich; ihr gemeinsames Ziel ist jedoch die Konsolidierung der Demokratie in der Bundesrepublik Jugoslawien, ihre Stabilisierung und die beschleunigte Integration in die europäischen Strukturen. Die Tätigkeit der Mission deckt sich daher völlig mit den Bemühungen sowohl der reformorientierten politischen Kräfte des Landes - auf Regierungsebene ebenso wie im Bereich der NGOs - als auch mit den Aktivitäten anderer in der BRJ tätiger internationaler Organisationen.

Vor etwas mehr als anderthalb Jahren wurde die Mission nach der Übernahme der Regierung durch die demokratischen Kräfte dieses Landes ins Leben gerufen. Wir haben mit einem relativ kleinen Mitarbeiterstab angefangen, aber mit einem klaren Ziel und einem festen Vorsatz: den Aufbau der Demokratie zu fördern. Die Rolle der Mission und die Vision der demokratischen

Kräfte würden nun am ehesten dadurch gerechtfertigt, dass Serbien und Montenegro ihre demokratische Glaubwürdigkeit weiter konsolidieren und damit dazu beitragen, dass das Land rasch Aufnahme in die europäischen und euro-atlantischen Organisationen und Vereinigungen wie den Europarat, die Partnerschaft für den Frieden und letztendlich die Europäische Union findet.